



Polizeikessel auf dem Hamburger Heiligengeistfeld: „Man sollte euch über der DDR aus einem Hubschrauber werfen“

„Lieber gleich durchs Minenfeld jagen“

Eng gedrängt und eingekesselt von der Polizei, mußten über 600 Kernkraftgegner bis zu zwölf Stunden auf einem Platz in Hamburg ausharren. Die Kesseltaktik der

Polizei löste eine Senatskrise aus, Sozialdemokraten und Grüne, die sich an Verhältnisse in Diktaturen erlernert fühlen, fordern den Rücktritt des Innensenators.

Auf dem Hamburger Heiligengeistfeld, wo sonst die Hanseaten über den Jahrmarkt bummeln oder Artisten unter der Zirkuskuppel turnen, gaben einige Hundertschaften Uniformierter eine außergewöhnliche Vorstellung. Beamte der Hamburger Polizei, gerüstet mit Schlagstock, Schilden und geschlossenem Visier, stürmten über das Gelände zwischen Reeperbahn und Schlachthof, umzingelten mehr als 600 Bürger und nahmen sie „in Gewahrsam“.

Bis zu zwölf Stunden blieben die Menschen, eng zusammengepfercht und von Polizisten traktiert, am vorletzten Sonntag in dem Kessel. Dann wurden sie auf verschiedene Polizeireviere verfrachtet, wo die Beamten stundenlang die Personalien der Festgenommenen protokollierten. Währenddessen tobten, nahe dem Heiligengeistfeld, Straßenschlachten – die hatte die Polizei mit ihrer „menschunwürdigen Maßnahme“ („Frankfurter Rundschau“) gerade verhindern wollen.

Die Kesseltaktik der Polizei, mit der Hunderte von Kernkraftgegnern festgesetzt und ihrer Freiheitsrechte beraubt wurden, ist beispiellos in der westdeut-

schen Demonstrationsgeschichte. Sie ist zugleich der Höhepunkt einer bundesweiten Auseinandersetzung um Atomanlagen, Polizeipraktiken und Demonstrationsrecht.

Nach der Katastrophe von Tschernobyl haben friedfertige Proteste, aber auch gewalttätige Konfrontationen Polizei, Politiker und Bürger in Konflikte gestürzt:

- ▷ In Wackersdorf lieferten sich zu Pfingsten gewalttätige Demonstrationen und eine schlecht vorbereitete Polizei am Bauzaun der geplanten atomaren Wiederaufarbeitungsanlage blutige Schlachten. Tausende friedlicher Kernkraftgegner wurden mit Gasangriffen aus der Luft traktiert.
- ▷ Am 7. Juni versammelten sich, trotz gerichtlichen Verbots, noch einmal rund 30 000 Protestler am Baugelände im Oberpfälzischen; wieder trieb die Polizei die Atomkraftgegner mit Gas und Knüppeln auseinander.
- ▷ In Brokdorf, wo am selben Tag Zehntausende zu einer genehmigten Demonstration anreisten, verhinderte massiver Polizeieinsatz schon im

Vorfeld den Aufmarsch (siehe auch Kasten Seite 97). Wer dennoch durchkam und vor dem Atommeiler protestierte, friedfertig oder nicht, wurde mit Reizgasgranaten und einem atemraubenden Gas-Wasser-Gemisch aus Wasserwerfern in die nassen Marschwiesen und in Gräben getrieben.

Überall, urteilte „Die Zeit“, reagierten „Staat und Polizei mit nie dagewesener Härte“. Schlecht für Hamburgs sozialdemokratischen Innensenator Rolf Lange, verantwortlich für die Gefangennahme auf dem Heiligengeistfeld: Öffentlich kritisiert wird fast nur seine Kesseltaktik, kaum jemand spricht noch von der Polizeigewalt in Brokdorf und Wackersdorf.

Aus dem Blickfeld gerieten damit die Polizeiminister in Kiel und München, Karl Hillermeier (CSU) und Karl-Eduard Claussen (CDU), die durch ihre Einsatzbefehle auch zur Eskalation beigetragen hatten. In Bonn wird ohnehin nur über die Gewalt von Demonstranten geredet.

Kanzler Helmut Kohl empörte sich am Mittwoch voriger Woche im Kabinett:



Verletzte Frau



Demoliertes Taxi

„Das Maß der Provokation des Staates durch Kriminelle und Chaoten ist voll.“ Mit einer drastischen Verschärfung des Demonstrationsrechts, so wies Kohl zugleich einen Vorschlag seines christsozialen Innenministers Friedrich Zimmermann zurück, sei allerdings nicht viel gewonnen. Kohl zu Zimmermann: „Es nützt nichts, über Gesetze daherzuschwadronieren.“

Auch bei einer Sondersitzung in Bonn mit seinen Kollegen aus den Bundesländern konnte sich Zimmermann einen Tag später nicht durchsetzen. Selbst CDU-Innenminister lehnten eine Verschärfung des Demonstrationsrechts ab. Zimmermann wirkte, so ein Teilnehmer, „handlungsunfähig“ und bot ein „Bild des Jammers“.

Im SPD-regierten Hamburg löste die polizeiliche Kesselaktion auf dem Heiligengeistfeld eine Regierungskrise aus.

Energiesenator Jörg Kuhbier bezichtigte seinen Genossen und Polizeisenator Rolf Lange öffentlich der Lüge. Lange habe am Dienstag voriger Woche zu Unrecht verbreiten lassen, der gesamte Senat stehe einmütig hinter dem Vorgehen der Polizei. Sozialsenator Jan Ehlers, der sich an „Chile“ erinnert fühlte, hielt Langes Machtdemonstration für „rundum menschenunwürdig“. „Der Hamburger Senat“, so der CDU-Oppositionsführer Hartmut Perschau, „ist kein Kollegium mehr, vielmehr eine in sich zerstrittene, in wesentlichen Fragen nicht mehr konsensfähige Gruppe.“

Die Polizeiführung der Hansestadt rechtfertigte sich, die Aktion sei unbedingt notwendig gewesen, um Gewalttaten der Demonstranten zu verhindern. Erkenntnisse hätten vorgelegen, die Kernkraftgegner wollten eine „Schneise der Gewalt“ durch die Hamburger Innenstadt ziehen, Schaufenster zertrümmern und das Verwaltungsgebäude der



Gefangener Demonstrant

Polizeiopfer in Hamburg: „Das war blanker Terror“

Hamburgischen Electricitäts-Werke angreifen. Außerdem seien die Beamten mit Stahlkugeln und Steinen angegriffen worden, bevor sie sich zur „Präventivmaßnahme“ der Einkesselung entschlossen.

Die Wahrheit sieht etwas anders aus. Zahlreiche seriöse Augenzeugen schilderten dem SPIEGEL, was sich wirklich zugetragen hatte.

Eine „der rechtsstaatlich zweifelhaftesten Polizeiaktionen der letzten Jahre“ („Die Zeit“) begann im Stadtteil St. Pauli am Sonntag um zwölf Uhr mittags. Auf dem Heiligengeistfeld sammelten

sich Atomkraftgegner, die am Vortag bei der Massendemonstration rund um Brokdorf wegen massiver Polizeisperren und des Einsatzes von Reizgas und Schlagstock nicht zum Zuge gekommen waren.

Als über 600 Personen sich einzeln oder in kleinen Gruppen, darunter pazifistische Christen, Gewerkschafter, Umweltaktivisten, Sozialdemokraten und ein Trupp maskierter Autonomer, auf das Gelände verteilten, griffen rund 600 Polizisten ein – ohne jede Vorwarnung. Fluchtwege wurden abgeschnitten, die einzigartige Gefangennahme nahm ihren Lauf.



Polizisten, mißhandelter Demonstrant

Über Lautsprecher erfuhren die Eingeschlossenen, sie seien „in Gewahrsam genommen“ worden. Rausgelassen aus dem Kordon werde nur, wer sich durchsuchen lasse, die Personalien angebe und einer vorläufigen Festnahme zustimme.

Die übergroße Mehrheit lehnte ab und verlangte freien Abzug. Nur rund vierzig Personen ergaben sich und durften im Laufe mehrerer Stunden aus dem Kessel heraustreten. Sie sollten ihren Entschluß schon bald bereuen: Sie wurden zu Polizeivierern abtransportiert und kamen erst am Abend frei.

Unterdessen wuchsen im Kessel Spannung, Angst und körperliche Not: Rund sechs Stunden lang wurde allen Eingeschlossenen verwehrt, auf die Toilette zu gehen. Frauen wie Männer waren gezwungen, mitten in der Menge und unter dem Gegröle der Polizisten („Guck mal, die Schnalle!“) ihre Notdurft zu verrichten. Mitgefangener Christian Arndt, Pastor der Friedenskirche Altona: „Wir standen buchstäblich in unserer eigenen Pisse und Scheiße.“

Als der Gang ins nahe gelegene Häuschen endlich erlaubt wurde, „mußten wir“, berichtet eine Hamburger Sozialdemokratin, „einzeln und in Begleitung von zwei Polizistinnen nach Abtasten bei geöffneter Tür unser Geschäft machen“. Vorübergehend wurde der Besuch der Toilette alsbald wieder untersagt, Begründung der Polizei: Die Beamtinnen hätten jetzt Feierabend.

Noch im Gefängniswagen, beim Abtransport zu den Polizeiwachen in verschiedenen Stadtteilen, mußten die Gefangenen Polizisten-Zoten und Drohungen über sich ergehen lassen: „Scheiß und piß doch in die Zelle“, wurde einer Frau in Not gesagt, „das kannst du aber nachher wieder auflecken.“

Eine Hamburger Kirchenvorständlerin wurde von einem Uniformierten an-

geherrscht: „Man sollte euch über der DDR aus einem Hubschrauber werfen“, oder, so ein Kollege, „lieber gleich durchs Minenfeld jagen“.

Stundenlang gab es für die Eingekesselten nichts zu essen oder zu trinken. Erst nach langwierigen Verhandlungen grüner Abgeordneter mit der Polizei

konnten Zuschauer und Anwohner belegte Brote und Schokolade, Tee, Mineralwasser und Zigaretten über die Polizistenkette reichen.

Spätabends, als es kalt wurde, verhinderte die Polizei, daß den Demonstranten von Angehörigen und Sympathisanten Decken oder wärmende Kleidungsstücke übergeben wurden. Damit könnten die Eingekesselten, so der offizielle Ablehnungsbescheid, sich verummern oder zumindest ihre „äußeren Merkmale“ verändern.

Auch ein Vater mit Kinderwagen wurde abgewiesen. Er suchte seine Frau, die das Baby stillen sollte. Kommentar eines Beamten: „Solches Gesocks setzt auch noch Kinder in die Welt.“

Sobald Bewegung im Kessel entstand und die vorderen Reihen gegen den Polizisten-Kordon gedrückt wurden, setzte es Hiebe mit dem Schlagstock. Grüne Abgeordnete, die dem „ganzen Wahnsinn“ ein Ende machen wollten, scheiterten bei ihren zahlreichen Versuchen, Innensenator Lange oder dessen Staatsrat Peter Rabels in der Polizeizentrale zu erreichen – beide schützten wichtigere Aufgaben vor.

Zu einem absurden Höhepunkt der Polizeigewalt kam es kurz vor Mitternacht. Rund vierzig Hamburger Taxen, die in einem Solidaritätskonvoi hupend und blinkend am Heiligengeistfeld vorführen, um die erschöpften Demonstran-

„Wie die Einzelkämpfer“

Mit massivem Einsatz behinderte die Polizei am vorletzten Samstag die Anfahrt von Kernkraftgegnern zum Bauplatz des Kernkraftwerks Brokdorf. Nach anfänglichen Auseinandersetzungen mit Autonomen griffen Polizeibeamte den stehenden Fahrzeugkonvoi der Demonstranten an. Ein Augenzeuge, der 38 Jahre alte Hamburger Betriebsrat Walter Hasselbring, schildert die Vorfälle:

In einem Konvoi von rund hundert Bussen und mehreren hundert Pkw fuhren wir aus Hamburg zur Demonstration gegen das Kernkraftwerk Brokdorf. Ich saß mit zwei Freunden durch Zufall weit vorn, etwa im zwanzigsten Auto.

Nachdem die Fahrzeugkolonne in Kleve, rund 20 Kilometer vor Brokdorf, plötzlich zum Stehen kam, stiegen viele von uns aus, ich nicht. Von der Spitze des Zuges, hinter einer Wegbiegung, hörten wir Kampfgetümmel, als plötzlich Dutzende Polizisten in Lederjacken und mit Helmen an unserem Treck entlangstürmten und in Einzelkämpfermanier blindlings auf Fahrzeuge und flüchtende Menschen einschlugen.

Wahllos und mutwillig wurden an unseren Autos Front- und Heckscheiben mit langen Holzknüppeln einge-

schlagen, Scheinwerfer zertrümmert, Türen eingetreten und Kotflügel eingebault. Ein Polizist zerstach reihenweise Autoreifen, während ihn zwei Kollegen mit ihren Schilden schützten.

Als Polizisten wenige Meter hinter mir einen Gegenstand in einen VW-Bus warfen, der daraufhin zu brennen anfang, flüchtete ich panisch vor Angst von der Rückbank meines Wagens. Draußen empfangen mich Polizisten mit Knüppelhieben und Fußtritten. Auf meine verzweifelten Rufe „ich habe doch nichts gemacht“, bekam ich nur zu hören: „Verreck doch.“

Ich habe immer gehofft, endlich weggebracht zu werden, doch ich wurde nur von einem prügelnden Polizisten zum anderen weitergereicht, bis ich durch einen Schlag auf den Kopf zusammenbrach. Ich habe solche Brutalität noch nie zuvor erlebt, erst recht nicht am eigenen Leibe.

Im Krankenhaus mußte bei mir eine Platzwunde am Kopf mit sechs Stichen genäht werden. Ich habe noch eine weitere am Hinterkopf sowie Prellungen an Rippen und Beinen.

ten nach Haus zu bringen, lösten gewaltige Reaktionen aus: Jubel bei den Umzingelten, Beifall bei den Anwohnern, Knüppel-raus bei den Bewachern.

Von zwei Seiten stürmten Polizisten zwischen die Fahrzeuge und prügelten, laut Augenzeugen, „blindwütig“ auf die Wagen ein und traten in die Türen; Windschutzscheiben und Scheinwerfer zerplatzten, Blech zerbeulte. Ein junger Beamter, der mit Tränen in den Augen den Einsatz verweigerte, wurde von anderen Polizisten angebrüllt: „Du kommst hierher, du machst hier mit.“ „Das war blanker Terror“, sagt ein Taxiunternehmer, „die müssen völlig ausgerastet sein.“

Der Einsatzleiter vor Ort, von einem Journalisten nach dem Sinn des Angriffs auf die Taxen befragt, hatte offenbar gerade beiseite geblickt: „Taxen? Ich hab' keine Taxen gesehen.“

Schikanen und Gewalt setzten sich auch noch beim Abführen der Demonstranten und auf den Revierwachen fort. Entkräftete Gefangene wurden mit Polizeigriff gepackt und mit Plastikschnüren gefesselt; und wer dann noch nicht spurte, wurde mit Tritten oder Schlägen traktiert.

Auf den Revieren wurden die Festgenommenen, auch nach der Feststellung ihrer Personalien, mehrere Stunden lang in Zellen gesperrt. In einigen Wachen mußten Frauen sich bei Leibesvisitationen bis auf den Slip ausziehen. In der Polizeischule Alsterdorf durften die Siestierten sich nicht auf die Bänke setzen, weil dies, so die groteske Begründung der Bewacher, eine „Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ dargestellt hätte. Die letzten Gefangenen wurden erst in den frühen Morgenstunden des Montags, teils in Randbezirken der Stadt, aus den Revieren entlassen.

Unter ihnen war der Kantor und Organist der Friedenskirche in Altona. Seine Bitte um Freilassung wegen eines „wichtigen Termins“ in der Gemeinde wurde „unwirsch zurückgewiesen“. Die Polizei setzte den Musiker im entlegenen Stadtteil Alsterdorf erst morgens kurz vor drei „auf freien Fuß“. Der Kantor erstattete Anzeige wegen Rechtswidrigkeit des Polizeieinsatzes und Freiheitsberaubung.

In einer turbulenten Parlamentssitzung am Mittwoch vergangener Woche stritten Abgeordnete aller Parteien über die neue Polizeilinie. Der grüne Abgeordnete Rainer Schmidt fühlte sich an „Diktaturen in Südamerika“ erinnert. Bodo Schumann, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender, beklagte, daß in Hamburg das „Demonstrationsrecht geopfert“ worden sei – „ein Tag der Scham und Trauer“.

Grün-Alternative und Genossen, so die Jungsozialisten und, etwas verklauulierte, auch der Gesprächskreis Umwelt beim SPD-Landesvorstand (Vorsitz: Bundestagsabgeordneter Freimut Du-



Informationsstelle: „Wein aus dem Elsaß“, F-68003 Colmar Cx, France, G 2

Rhein französisch

heißt einerseits ein Weißwein vom Rhein, der andererseits ein französischer Qualitätswein ist. Aus dem Elsaß vom Rhein.

Würzig und fruchtig macht der Gewurztraminer als Apéritif Appetit, oder erschmeckt danach zum Käse und Dessert.

LE GEWURZTRAMINER

Un Vin d'Alsace

FRUCHTIG · TROCKEN



SOPEXA

ve), forderten den Rücktritt von „Rolf Rambo“ Lange.

Rückendeckung erhielt der Innensenator, zunächst, von Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und der rechten SPD-Fraktionsmehrheit. Dohnanyis Senat dankte der Polizei noch am Dienstag uneingeschränkt für den „schwierigen Einsatz gegen die Gewalttäter“. Dann attackierte der Bürgermeister die Grünen, die mit den Chaoten gemeinsame Sache gemacht hätten.

Auch Hamburgs Verfassungsschutzchef Christian Lochte warf den Alternativen vor, sie hätten sich nicht von „autonomen, anarchistischen und sozialrevolutionären Gruppen“ distanziert und dadurch die geplanten Krawalle in Brokdorf und auf dem Heiligengeistfeld „mitgetragen“.

Tatsächlich hatten Grün-Alternative und friedliche Kernkraftgegner sich vor den Brokdorfer und Hamburger Protesten mit militanten Gruppen zum geschlossenen Durchmarsch verabredet. Solange das „mörderische Atomprogramm weitergeführt“ werde, so der gemeinsame Aufruf, seien „alle Formen des Widerstandes . . . legitim und notwendig“. Einvernehmen bestand auch darüber, daß sich die Demonstranten ein anderes „Ziel suchen“ wollten, wenn sie an der Teilnahme in Brokdorf gehindert würden.

Als die Aktivisten dann wirklich während der Anfahrt zum Kernkraftwerk an der Unterelbe abgefangen wurden, Zehntausende den Demonstrationsort nicht erreichten, Polizisten bei Straßenkämpfen Demonstranten-Autos zu Dutzenden demolierten, einen VW-Bus in Brand setzten und die Insassen in die Flucht knüppelten, stand für die verhinderten Protestler fest: „Sonntag ziehen wir durch Hamburg.“

Lange und seine Berater hatten so gleich ein klares Feindbild – auf dem Heiligengeistfeld sammelten sich ihrer Ansicht nach „anarchistische Gruppen, militante Autonome und Leute aus dem Umfeld der Roten Armee Fraktion“, kurz, so Lange, ein erhebliches „Gewaltpotential“. Daß die amtliche Einschätzung ziemlich danebenlag, vermochten der Senator und seine Polizeiführer nicht zu erkennen. Lange über das Kessel-Treiben: „Das war für die Polizei das einzige Mittel zur Verhütung von Ausschreitungen in der Innenstadt“ (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 100).

Offenbar nicht. Bei einer mehrstündigen Sondersitzung in der Nacht zum vergangenen Freitag rückte der Senat erstmals vorsichtig von Lange ab. Zwar sei das Polizeikonzept „prinzipiell“, die Art der Durchsetzung jedoch „im Ergebnis nicht vertretbar“ gewesen.

Am selben Abend zogen über 50 000 friedfertige Demonstranten durch Hamburg, darunter Jugendliche in Badehosen mit umgehängten Schildern: „Ist es Ihnen so recht, Herr Senator?“